weed
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development
Briefing Paper

Natürliche Ressourcen:

Die Handelspolitik der EU fördert Raubbau an der Natur

Wenn die gesamte Weltbevölkerung so viele natürliche Ressourcen verbrauchen würde wie die Europäer/innen, wäre ihr ökologischer Fußabdruck dreimal so groß wie das, was die Erde vertragen kann. Während die Mehrheit der Menschheit nicht in der Lage ist, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, hat eine Minderheit im Laufe der Jahrhunderte die natürlichen Ressourcen des Planeten fast vollständig für sich in Beschlag genommen. Der Wettlauf um energetische, mineralische oder fossile Rohstoffe ist ein fortdauerndes Phänomen, das sich über den gesamten Globus erstreckt und unaufhörlich zunimmt. Immer mit von der Partie: Kriege sowie soziale, ökologische und demokratische Katastrophen. Die industrialisierten Staaten und ihre Bevölkerungen, die heute zu den reichsten der Welt zählen, haben so beim Rest der Weltbevölkerung immense ökologische Schulden aufgeladen.

I. Anstatt ihren Verbrauch auf das Nötigste zu reduzieren, betreibt die Europäische Union Raubbau an den Ressourcen des Planeten

Die EU hängt von Rohstoffimporten ab

Mit einer jährlichen Rohstoffeinfuhr von drei Tonnen pro Kopf ist Europa der Kontinent, der zu seiner Versorgung am stärksten von den internationalen Märkten abhängt. So werden 23% der weltweit vertriebenen Rohstoffe in die EU exportiert. Deren Abhängigkeitsgrad von Mineralien reicht von 48% für Kupfer über 64% für Bauxit bis hin zu 100% für Kobalt, Platin, Titan und Vanadium[1]. Diese Abhängigkeit ist nicht neu. Wie Eduardo Galeanos Werk Die offenen Adern Lateinamerikas die Geschichte der fast fünf Jahrhunderte dauernden erbarmungslosen Plünderung natürlicher und menschlicher Ressourcen eines Kontinents schildert, hing die Versorgung der Länder der Europäischen Union mit Rohstoffen immer zu einem großen Teil von den Ländern des Südens ab. Von den mexikanischen oder bolivianischen Gold- und Silbermienen in Guanajuato, Zacatecas oder Potosí über das nigerianische Uran bis hin zum sambischen Kupfer oder ivorischem Kakao ist das Ziel im Laufe der Jahrhunderte immer das gleiche geblieben: Die EU-Länder mit den Rohstoffen zu versorgen, die sie für ihr Modell der Herstellung und des Verbrauchs auf Niedrigpreis-Niveau benötigen.

Die EU-Länder verbrauchen viele Rohstoffe, die sie selber nicht in ausreichendem Maße verfügen. Daher sehen sie es als Problem an, dass bestimmte Länder des Südens mittels Ausfuhrsteuern oder -regulierungen den Zugang zu ihren Ressourcen kontrollieren. Zumal der weltweite Verbrauch von natürlichen

[1] EC, DG Trade, 'Raw materials', http://ec.europa.eu/trade

Ressourcen steigt. Dieser belief sich in den letzten dreißig Jahren auf 50% und erreicht heute 60 Milliarden Tonnen pro Jahr, wobei die Bevölkerung der reichen Länder bis zu zehnmal mehr Ressourcen verbraucht als die der armen Länder.

Gerade aufstrebende Länder wie China, Indien, Brasilien etc. verbrauchen zunehmende Mengen von Rohstoffen, wobei ihr Bedürfnis nach Versorgungssicherheit entsprechend wächst. So sind beispielsweise die zur Herstellung so genannter „grüner" Technologien oder Hochtechnologien benötigten natürlichen Ressourcen heiß begehrt, und das umso mehr, als sie nur begrenzt verfügbar sind (Lithium für Batterien oder bestimmte seltene Erden[2], die z. B. in der Fotovoltaik-, Elektronik- oder Informations- und Kommunikationsindustrie Verwendung finden).

Der Abbau des allseits begehrten kongolesische Coltans löst Kriege aus, verwüstet ganze Gemeinschaften und zerstört die Umwelt, ohne zu lokalem Reichtum zu führen[3].

Coltan wird zur Herstellung des äußerst nachgefragten Metalls Tantal benötigt, welches elektrischen Strom ausgesprochen gut leitet und zudem sehr weich und korrosionsresistent ist. Tantal findet vor allem in der Herstellung von Kondensatoren für elektronische Geräte, insbesondere für Mobiltelefone, Verwendung (60 bis 80% des Weltmarktes). Die Region Kivu in der Demokratischen Republik Kongo verfügt über schätzungsweise 60 bis 80% der weltweiten Coltanvorkommen. Damit weniger als zwei Gramm dieses grauen Goldes ein Dutzend Telefone hergestellt werden kann, stand dieses begehrte Mineral auch im Zentrum der bewaffneten Konflikte, die in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) bereits mehr als 6 Millionen Todesopfer gefordert haben. Der Zusammenhang zwischen Bergbau und dem Andauern des Konfliktes wurde zu Beginn der 2000er Jahre von zwei UNO-Berichten hervorgehoben. Darin prangerte die UNO internationale Firmen[4] an, von denen einige schließlich ihre Beteiligung anerkannten. Sie schlugen ein moralisches Embargo für kongolesisches Coltan vor, das jedoch keinerlei Kontrollmaßnahmen vorsah. Die durch diesen Handel generierten Gelder werden hauptsächlich für Waffenkäufe und die Ausrüstung von Kriegslagern genutzt. Für die Herstellung werden zehntausende Menschen benötigt, die das Coltan in offenen und schlecht oder gar nicht gesicherten Minen fördern. Dabei sind Einstürze keine Seltenheit. Ferner kann unverarbeitetes Coltan radioaktiv sein. Letztendlich wird das Mineral unverarbeitet exportiert und erst im Ausland weiterverarbeitet.

Die Rohstoffinitiative der EU, eine unhaltbare Strategie

Die Europäische Kommission betrachtet die Besteuerungen oder Reglementierungen für Rohstoff-Exporte als *„Exportbeschränkungen"* und *„Handelsverzerrungen durch die Länder des Südens"*. Sie stehen daher im Zentrum der „Rohstoffinitiative", die 2008 verabschiedet und 2011 aktualisiert wurde[5].

Sie setzt sich offiziell aus drei Pfeilern zusammen: der Zugangssicherung zu Rohstoffen auf den Weltmärkten, der Förderung des Rohstoffangebots europäischer Herkunft und der Verringerung des Rohstoffverbrauchs der EU-Länder. De facto wird jedoch nur der erste Pfeiler wirklich verfolgt, um den *„sicheren und nicht diskriminierenden Zugang zu den strategischen Vorleistungen für die EU-Wirtschaft"* zu erreichen[6]. Dafür hat der

[2] Zu diesen seltenen Erden zählen Antimon, Beryllium, Kobalt, Fluorit, Gallium, Germanium, Grafit, Indium, Magnesium, Niob, Metalle der Eisen-Platin-Gruppe und der Seltenen Erden, Tantal und Wolfram.

[3] http://www.uneseuleplanete.org/spip.php?article254

[4] Der Bericht erwähnt u. a. den belgischen Metallkonzern Sogem, die ehemalige Fluggesellschaft Sabena, die die Metalle ausflog sowie Unternehmen der metallurgischen Industrie wie H. C. Starck und Cabot.

[5] Die Europäische Kommission veröffentlichte am 2. Februar 2011 die überarbeitete Fassung ihrer Rohstoffstrategie. Diese heißt nun „Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze" und beinhaltet drei neue Kapitel zur Volatilität der Rohstoffpreise.

[6] DG Trade, Trade priorities first half 2010, Kapitel 4.4

EU-Ministerrat die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten explizit aufgefordert, Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zur Durchsetzung dieser Ziele zu nutzen[7].

Desweiteren greift die EU auf die Verhandlung von Freihandelsabkommen[8] (FHA) und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen[9] (WPA) mit verschiedenen Gruppen aus Entwicklungsländern zurück. Mit diesen bilateralen Abkommen fordert die EU von den betroffenen Ländern die Aufhebung oder drastische Einschränkung aller *„Ausfuhrbeschränkungen"* einschließlich der Ausfuhrsteuern. Für die Regierungen des Südens sind diese Ausfuhrbeschränkungen aber notwendige Regulierungsinstrumente, um ihre Entwicklung zu steuern. Sie können beispielsweise die Deviseneinfuhr verstärken, die Staatseinnahmen erhöhen, die Entwicklung lokaler Industrien sichern, die Exportabhängigkeit mindern, nationale und regionale Märkte entwickeln oder Naturschutzbestimmungen erlassen. Maßnahmen auf die auch die europäischen Länder oder die Vereinigten Staaten im Laufe ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgegriffen haben. Zudem strebt die EU absolute Liberalisierung der Investitionen bei gleichzeitiger *„Rechtssicherheit und maximalen Investorenschutz"* an.

Zwei Beispiele für von der Europäischen Union unterzeichnete Abkommen

Das im Januar 2009 mit Kamerun unterzeichnete WPA legt fest, dass „in den Handelsbeziehungen zwischen den Parteien weder neue Ausfuhrzölle eingeführt, noch bereits vorhandene erhöht werden" und entsagt der kamerunischen Regierung das Recht, „der Produktion von inländischen Gütern eine indirekte Unterstützung" zukommen zu lassen[10]. Folglich sah sich Kamerun gezwungen, eine bestimmte Anzahl von Ausfuhrbeschränkungen insbesondere im Bereich der Holz- und Forstwirtschaft aufzugeben. Diese Beschränkungen wurden jedoch geschaffen, um die Entwicklung wirtschaftlicher Tätigkeiten mit höherer Wertschöpfung zu schaffen und die Ausfuhr bestimmter Arten zu verhindern[11].

Das FHA, das die EU 2010 mit Kolumbien und Peru unterzeichnet hat, macht die Erhebung von Ausfuhrsteuern nahezu unmöglich. Den europäischen Investoren garantiert es in den Sektoren „Inländerbehandlung", in denen die entsprechenden Regierungen zu einer Liberalisierung bereit waren. So kann z. B. der Anteil des ausländischen Kapitals in den lokalen Unternehmen nicht beschränkt werden. Und auch wenn ein Artikel dieses Abkommens die Achtung der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation vorsieht, so scheint dies für ein Land wie Kolumbien, das hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte die schlimmste Bilanz ganz Lateinamerikas aufweist, nicht wirklich glaubhaft.

[7] EC, Council conclusions: An integrated approach to a competitive and sustainable industrial policy in the European Union, 28. Mai 2009, Abs. 24

[8] Mit Ländern und Ländergruppen wie Südkokrea, Indien, Zentralamerika, den Andenländern, dem Mercosur, der ASEAN, Euromed, Libyen, der Ukraine, Kanada, …

[9] Mit den ärmsten Ländern wie die der AKP-Gruppe (Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten).

[10] Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Kamerun, 28. Februar 2009, http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:057:0002:0360:EN:PDF, Absätze 14-18

[11] Friends of the Earth, Undercutting Africa: Economic Partnership Agreements, Forests and the European Union's Quest for Africa's Raw Materials, Oktober 2008, S. vi

II. Eine zwiespältige und wirtschaftlich ungerechte Strategie mit katastrophalen Folgen für Mensch und Umwelt

Die handelspolitischen Maßnahmen zur Liberalisierung des Rohstoffzugangs der EU bergen große Gefahren. So werden z. B. die Entwicklungsländer als reine Rohstofflieferanten betrachtet, die Souveränität der Staaten und ihrer Bevölkerungen über ihre natürlichen Ressourcen wird reduziert, es etabliert sich ein System der Straflosigkeit für die europäischen Investoren, die durch ihre Gewinnsteigerung mobilisiert werden, während die lokale Bevölkerung ihrer Armut überlassen und die Logik des zerstörerischen Raubbaus an der Natur bestärkt wird.

Entwicklungsländer = Rohstofflieferanten?

Wird die *„Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen“* zum Hauptziel erklärt, obwohl sich deren Vorkommen doch mehrheitlich in den Ländern des Südens befinden, so werden letztere implizit als reine Rohstoffbeschaffer betrachtet, ohne dass ihre Interessen oder die ihrer Bevölkerungen dabei berücksichtigt würden. Hauptsache die Interessen bleiben der europäischen Unternehmen gewahrt.

- Die *„Inländerbehandlung“* garantiert den ausländischen Investoren die gleichen Rechte und Vorteile wie den lokalen und regionalen Investoren.
- Der *„Investorenschutz“* soll Mindeststandards für die Behandlung von ausländischen Investoren schaffen. Diese Klausel ist in der Regel mit einem Schiedsverfahren verknüpft, mittels dessen die ausländischen Investoren bei einem Schiedsgericht Klage einreichen können, falls ein Staat mit einer bestimmten Maßnahme die Vorteile der Investoren in Frage stellen sollte.
- Der *„ungehinderte Kapitalfluss über Staatsgrenzen“* ermöglicht den Investoren einen problemlosen Rücktransfer ihrer Investitionen.

So werden den betroffenen Regierungen immer mehr gesetzliche Verpflichtungen aufgedrängt, wodurch ihnen die Kontrolle über ihre Ressourcen nach und nach entgleitet. Eine Besteuerung der natürlichen Ressourcen zur Finanzierung ihrer öffentlichen Ausgaben oder gegebenenfalls Programme zur Förderung lokaler Unternehmen wird ihnen untersagt. In Sambia könnten beispielsweise die Bergbauunternehmen, die großzügige Steuernachlässe genießen, unter Berufung auf die Klausel des *„Investorenschutzes“* die Regierung verklagen, falls diese die Begünstigungen wieder aufheben sollte.

Aufgrund des Prinzips der *„Inländerbehandlung“* können die Entwicklungsländer ihren kleinen und mittelständischen Betrieben oder aufstrebenden nationalen Wirtschaftssektoren keine Präferenzbehandlung mehr zuteilwerden lassen. Zudem bedroht diese Klausel die regionale wirtschaftliche Integration der betroffenen Länder, da regionalen Investoren keine Vorzugstarife mehr gewähren werden können. Die Errichtung eines *„ungehinderten Kapitalflusses“* bedeutet nichts anderes, als den Regierungen den Schutz gegen spekulative Kapitalbewegungen oder Finanzkrisen massiv zu erschweren. Den Unternehmen wird ermöglicht, das investierte Kapital oder ihren Gewinn nach Gutdünken wieder abzuziehen, ohne dass die Folgen dieser Machenschaften auch nur im Geringsten berücksichtigt würden oder die betroffenen Länder eingreifen könnten.

Durch die gleichberechtigte Behandlung und den besonderen Schutz ausländischer Investitionen werden den europäischen Akteuren wesentlich mehr Einflussmöglichkeiten und Rechte eingeräumt als den lokalen Investoren oder den Bevölkerungen. Die Verhandlungen beruhen auf einem vermeintlich gleichberechtigten Konzept, de facto verlaufen sie aber zwischen Ländern komplett asymmetrischer Machtpositionen und Lebensstan-

dards. Von den Regierungen des Südens verlangt die EU eine *verbindliche* Einhaltung ihrer Verpflichtungen den Investoren gegenüber, wohingegen die Achtung grundlegender internationaler Normen für die Investoren nur *freiwillig* ist und ihnen keinerlei bindende Maßnahmen auferlegt werden. Es gibt fast keine Kontroll- und Sanktionsmechanismen für Unternehmen, die Menschen-, Arbeits- oder Umweltrechte verletzen.

Deshalb sind insbesondere Bolivien, Venezuela und Nicaragua aus internationalen Schiedsgerichten ausgetreten, die mit den Investitionsstreitigkeiten betraut waren. In Anlehnung an den Ausspruch des ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson *„Ein Land ist von seinen Investitionen besessen und beherrscht."* kann man sich fragen, ob die EU nicht eine Logik der wirtschaftlichen und finanziellen Dominanz über eine bestimmte Reihe von Ländern der Erde festschreibt und somit bestimmte koloniale Schemata wiederholt.

Die Europäische Kommission betont, dass die europäischen Investitionen durch technischen Fortschritt und wirtschaftliche Tätigkeiten zur Entwicklung der Empfängerländer beitragen würden. Tatsächlich werden ausländische Direktinvestitionen jedoch nur selten in Wirtschaftssektoren getätigt, die den ärmsten Bevölkerungen zugutekämen. Mehrere Studien der Weltbank und der UNCTAD[12] belegen, dass bilaterale Investitionsabkommen (BIA) weniger entscheidend für den Fluss ausländischer Direktinvestitionen sind als die lokale Infrastruktur, der Binnenmarktes oder ein starkes Wachstum der lokalen Industrien. Auch neue Arbeitsplätze oder Technologietransfer sind gerade im Rohstoffsektor die Ausnahme.

Hemmungsloser Raubbau für einen nicht nachhaltigen, exzessiven Verbrauch

Durch ihre Machenschaften legitimiert und verstärkt die Europäische Union eine Logik des zerstörerischen Raubbaus an Umwelt und Erde. Die EU sieht in den natürlichen Ressourcen lediglich Rohstoffe, die es so schnell und so kostengünstig wie möglich an sich zu reißen gilt. Damit fördert sie eine Übernutzung dieser Ressourcen, die bekanntermaßen zur Zerstörung der Ökosysteme, der Vertreibung lokaler Gemeinschaften und zu schwerwiegenden Folgen für die Existenzsicherung bereits sehr prekär lebender lokaler Bevölkerungen führt.

Zudem dürfte die EU-Politik die Länder des Südens nicht gerade dazu motivieren, restriktivere umweltpolitische Maßnahmen zur Minderung der häufig zerstörerischen Folgen des Rohstoffabbaus für die lokale Bevölkerung und die Umwelt umzusetzen. So hat das Bergbauunternehmen Blackfire Anfang 2010 der Regierung von Chiapas in Mexiko auf Grundlage der Investorenschutzklausel im Nordamerika-Freihandelsabkommen (NAFTA) mit einer Klage gedroht, nachdem die Regierung aus Umweltschutzgründen die Schließung einer Barytmine angeordnet hatte[13]. Die ökologische Notwendigkeit einer Regulierung des Rohstoffzugangs und -abbaus bedarf jedoch keines weiteren Beweises mehr. So stufen Expert/innen den Raubbau an den Ressourcen als eine der fünf größten Bedrohungen[14] für den Erhalt der Artenvielfalt ein.

Die aggressive Handelspolitik der Europäischen Union dient also einzig und allein der Aufrechterhaltung des Lebensstandards und der Entwicklung der Länder des Nordens, die auf einem exzessiven Rohstoffverbrauch beruhen. Auch für die Entwicklung neuer, häufig als „grün" dargestellter Technologien zur Verringe-

[12] UNCTAD, Bilateral Investment Treaties in the Mid-1990s, UN, 1998; Mary Hallward-Driemier, 'Do Bilateral Investment Treaties Attract FDI? Only a bit... and they could bite', Policy Research Working Paper Series, August 2003

[13] Bill to tax unprocessed wood exports passed, 12. Mai 2010, www.allafrica.com/stories

[14] Die vier anderen Bedrohungen: die Änderung der Bodennutzung, die die natürlichen, kulturellen oder urbanen Lebensräume beeinträchtigt, die Umweltverschmutzung, die Verbreitung invasiver Arten und der Klimawandel, vgl. Le Monde vom 13. Juli 2010

rung unserer Abhängigkeit von bestimmten fossilen Rohstoffquellen werden mineralische Rohstoffe benötigt, deren Vorkommen sich zumeist in den Ländern des Südens befinden. Der von Eduardo Galeano verurteilte Aderlass dauert an. Die ökologische Schulden der Länder des Nordens gegenüber den Ländern des Südens häufen sich immer mehr an. Dabei mangelt es nicht an historischen Beispielen für Regionen oder Gesellschaften, die die Folgen ihres exzessiven Rohstoffabbaus für Mensch und Natur hätten erleben müssen. Auf der Pazifikinsel Nauru hat die Übernutzung von Kalium zu Gunsten der Landwirt/innen reicher Länder nach einigen Jahrzehnten des illusorischen wirtschaftlichen Wohlstandes nichts als ökologische und soziale Trostlosigkeit hinterlassen. Der Gold- und Silberabbau in bolivianischen, mexikanischen, peruanischen oder brasilianischen Minen hat neben Millionen von Todesopfern zahllose Fälle unheilbarer Schwermetallvergiftungen verursacht. Der Rohrzuckeranbau bescherte dem brasilianischen *Nordeste* einst eine florierende Landwirtschaft, welche jedoch die Böden stark auslaugte. Heute verzeichnet die Region nur noch eine schwache Landwirtschaft. Warum werden diese Muster auch heute noch wiederholt, wenn doch z. B. die Ausweitung der Anbauflächen für Soja-Monokulturen lediglich dazu dient, die notwendigen Viehbestände zu ernähren, um den Fleischkonsum der reichsten Länder zu befriedigen? Wie es Fernand Braudel gezeigt hat, kollidiert die Globalisierung durch eine Ausbreitung des kapitalistischen Weltsystems mit den Ökosystemen unserer Erde.

III. Welche Alternativen und welche Empfehlungen gibt es?

Die Rohstoffinitiative der Europäischen Union ist für die Entwicklung sozialpolitischer Maßnahmen zu Gunsten der betroffenen Bevölkerungen ungeeignet. Sie erschwert den Ländern des Südens die Bestimmung eigener entwicklungspolitischer Strategien und verursacht häufig ökologische Katastrophen. Dabei mangelt es nicht an Alternativvorschlägen, dank derer die Autonomie der Länder und Völker über ihre Ressourcen kurzfristig wie langfristig gewährt werden können.

Den Zugang zu natürlichen Rohstoffen regulieren

Wie auch in der UNO-Erklärung über das Recht auf Entwicklung von 1986 anerkannt, garantiert das Völkerrecht „die volle Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, wozu (…) auch die Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf uneingeschränkte Souveränität über alle ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen gehört“ (Art. 1.2)[15]. In diesem Sinne muss den Ländern das Recht zugesprochen werden, frei über eine Besteuerung, Regulierung oder Beschränkung ihrer Rohstoffexporte entscheiden zu können. Dies ist ein entscheidender Faktor, damit sie sich von ihrer Exportabhängigkeit befreien und Wirtschaftstätigkeiten zu Gunsten der lokalen Bevölkerungen entwickeln können. So hat beispielsweise die Tatsache, dass die afrikanischen Länder 70% der weltweiten Kakaoproduktion, aber nur 15% seiner Verarbeitung gewährleisten, nichts Schicksalhaftes.

Auf Ebene der Investitionen gibt es eine Reihe von sinnvollen Maßnahmen, die zahlreichen Ländern eine klassische wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht haben, wie z. B. selektive Kontrollen der Kapitalzugänge, Differenzverzollungen, lokale Beschaffungsvorschriften, Begrenzungen der Partizipation oder verbindliche Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung. Um Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen, muss das Recht der Länder auf eine freie Entscheidung über die Art

[15] Für die englischsprachige Version der Erklärung siehe http://www.un.org/documents/ga/res/41/a41r128.htm, für eine deutschsprachige Übersetzung siehe http://www.uni-bremen.de/dokumente/UNO/Recht%20auf%20Entwicklung.htm

der Investitionen erhalten bleiben. Sie Nur so können sie die Einhaltung bestimmter Grundsätze zu Arbeitsnormen, Umweltschutz oder Menschenrechten gewährleisten.

Mit ihrer Handels- und Investitionspolitik liegt die Europäische Union ganz im Trend des kleinstmöglichen sozialen und umweltpolitischen Einsatzes bei möglichst niedrig gehaltenen Normen. Dazu braucht es jedoch kein verbissenes Ringen um Wettbewerbsfähigkeit, sondern einen Annäherungsprozess von oben. Statt mit dem Finger auf China und seine multinationalen Konzerne zu zeigen, könnte die EU könnte einen Richtungswechsel einschlagen und mit den Regierungen des Südens zusammenarbeiten, um Mindeststandards in Sachen Arbeitsrecht, Umweltschutz oder Import-Export-Relationen als Voraussetzung für internationale Handelsbeziehungen geltend zu machen.

Zur Umsetzung eines Paradigmenwechsels in der weltweiten Nutzung und Verteilung der natürlichen Ressourcen müssen aus der jahrzehntelangen Liberalisierung und Deregulierung der Weltmärkte, welche stets die Unternehmen und die Interessen der mächtigsten Länder begünstigt haben, wichtige Lehren gezogen werden.

Eine ökologisch begrenzte Welt erfordert einen Paradigmenwechsel

Gegen die Wahrung ihrer Rohstoffsouveränität wird häufig argumentiert, dass die Länder des Südens nicht zur effizienten Nutzung ihrer Ressourcen in der Lage seien. Auslöser des sogenannten Rohstofffluchs ist aber der Rohstoffhungers der industrialisierten Länder, den diese im Laufe der Geschichte immer wieder durch koloniale Besatzungsregime oder kapitalistische Ausbeutung zu befriedigen versuchten. Auf diese historische Schuld sollte die EU mit zwei politischen Instrumenten reagieren: Der eigene Rohstoffverbrauch muss reduziert werden, damit die ökologische und soziale Schuld nicht weiter anwächst. Parallel dazu muss die EU durch eine Erleichterung von Technologietransfer, Süd-Süd-Kooperationen oder alternativen handelspolitischen Strategien, wie sie z. B. von Ecuador oder Bolivien gefördert werden, Wiedergutmachungsleistung erbringen.

Impressum

Hrsg.: WEED e.V. 2011.

Redaktion der deutschen Fassung: Nicola Jaeger, David Hachfeld, Viola Dannenmaier.

Verfasser des französischen Originaltextes: Maxime Combes.

Übersetzung aus dem Französischen: Jo Schmitz und Martina Körner (lingua•trans•fair).

Dieses brifing paper ist als Teil eines gemeinsamen Projekts von Traidcraft Exchange (Vereinigtes Königreich), Comhlámh (Irland) AITEC (Frankreich), Oxfam Deutschland e.V. und WEED e.V. (Deutschland) entstanden.

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben ausschließlich die Ansicht von WEED e.V. wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Gemeinschaft dar.